
Das Gespenst der Volksfront

Zum Verhältnis von SPD und Linken vor der Bundestagswahl 2009

Tim Spier

Juni 2009

Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa)

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das IFRI Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (IFRI-Bruxelles) positioniert sich das IFRI als eines der wenigen französischen think tanks im Kern der europäischen Debatte.

*Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten
Standpunkte tragen die Autoren.*

**Die " Notes du Cerfa " werden von der Robert-Bosch-
Stiftung gefördert.**

Robert Bosch **Stiftung**

Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa)

© Ifri, 2009

ISBN : 978-2-86592-563-6

IFRI

27 rue de la Procession
75740 Paris cedex 15 - France
TEL.: 33 (0)1 40 61 60 00
FAX: 33 (0)1 40 61 60 60
E-Mail: ifri@ifri.org

IFRI-BRUXELLES

Rue Marie-Thérèse, 21
B -1000 Bruxelles - Belgique
TEL.: 32(2) 238 51 10
FAX: 32(2) 238 51 15
E-Mail: info.bruxelles@ifri.org

SITE INTERNET: ifri.org

Sommaire

EINLEITUNG.....	2
DER ERFOLG DER LINKEN BEI DER BUNDESTAGSWAHL 2005.....	4
DIE ENTWICKLUNG BIS ZUR BUNDESTAGSWAHL 2009	9
DAS SCHWIERIGE VERHÄLTNIS VON SPD UND LINKEN.....	14
FAZIT	18

Einleitung

Dem französischen Leser muss die Bedeutung des Begriffs der „Volksfront“ wohl kaum erklärt werden. Wird mit ihm doch historisch insbesondere jenes Aktionsbündnis aus SFIO, PCF und der Parti radical-socialiste verbunden, das 1934/35 unter der Ägide von Léon Blum, Maurice Thorez und Édouard Herriot besiegelt wurde und 1936 zur ersten von den Kommunisten getragenen französischen Regierung führte. Seither steht „Volksfront“ auch international für Bündnisse zwischen sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien und wurde zum Kampfbegriff konservativer und liberaler Politiker, die in der Kooperation mit den Kommunisten den ersten Schritt zu Umsturz und Revolution sahen.

Das Gespenst der Volksfront wird auch in der aktuellen politischen Debatte in Deutschland immer wieder bemüht, wenn es um die Frage geht, ob die seit 2007 unter dem Namen „Die Linke“ firmierende Partei um den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine zur Unterstützung oder sogar Bildung von sozialdemokratisch geführten Regierungen auf Landes- oder Bundesebene herangezogen werden sollte. Nicht nur der ehemalige bayerische CSU-Chef Erwin Huber nutzte die rein rechnerische Möglichkeit eines solchen Bündnisses zu dem Ausspruch: „Nie darf Deutschland vom Volksfrontbündnis Rot-Rot-Grün regiert werden!“¹ Auch der hessische Ministerpräsident Koch (CDU) prangerte den Versuch seiner politischen Gegnerin Andrea Ypsilanti (SPD), mit den Stimmen der Linken zur Ministerpräsidentin gewählt zu werden, als Versuch zum Aufbau einer solchen Volksfront an.²

Der Grund für die erhitzte Diskussion: Seit der Bundestagswahl 2005 haben die beiden etablierten politischen Lager in Deutschland keine eigenständige Mehrheit mehr: Das „schwarzgelbe“, bürgerliche Lager aus CDU und FDP, das unter Bundeskanzler Helmut Kohl noch bis 1998 die deutsche Politik bestimmte, konnte unter ihrer Spitzenkandidatin Angela Merkel genauso wenig eine Mehrheit erringen, wie es dem Bundeskanzler Gerhard Schröder

Dr. Tim Spier steht dem Akademischen Rat des Lehrstuhls Politik II (Prof. v. Alemann) des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf bei. Er ist Forscher am Institut für Parteienrecht und Parteienforschung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

¹ « CSU und SPD liefern sich heftigen Schlagabtausch – Huber und Beckstein warnen vor Bündnissen mit Linken », *Agence France Presse*, 6 février 2008.

² « Lafontaines graue Mäuse », *Die Zeit*, 24 janvier 2008.

vergönnt war, die seit 1998 bestehende „rot-grüne“ Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit einer eigenständigen Parlamentsmehrheit fortzuführen. Die Ursache hierfür lag im erfolgreichen Abschneiden der Linkspartei, eines Bündnisses der PDS und der SPD-Abspaltung WASG. Dieses Bündnis, das erst 2007 zu einer einheitlichen Partei fusionierte, konnte 8,7 % der Zweitstimmen erringen und zog mit 54 Abgeordneten in den Bundestag ein. Damit entstand jenes strategische Patt im Bundestag, das sowohl eine schwarz-gelbe, wie auch eine rot-grüne Regierung unmöglich machte und schließlich zur Bildung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD führte. Insbesondere die bürgerlichen Parteien befürchten, dass die zahlenmäßig gegebene Mehrheit von SPD, Grünen und Linken im Parlament dazu genutzt werden könnte, eine Bundesregierung ohne Beteiligung der bürgerlichen Parteien zu bilden.

Der Erfolg der Linken bei der Bundestagswahl 2005

Um die Ursachen dieses strategischen Patts besser verstehen zu können, lohnt es sich, den Erfolg der Linken bei der Bundestagswahl 2005 genauer zu analysieren. Dazu ist es notwendig, sich die Ausgangssituation der beiden Quellorganisationen PDS und WASG vor Augen zu führen. Seit 1990 tritt die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) bei gesamtdeutschen Wahlen an. Sie war die offizielle Nachfolgepartei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), der Staatspartei der untergegangenen DDR. Nach der Wiedervereinigung versuchte sie sich relativ erfolglos als bundesweite linkssozialistische Kraft zu etablieren. Nur bei der Bundestagswahl 1998 gelang es ihr aus eigener Kraft mehr als fünf Prozent der Wähler auf sich zu vereinigen. Bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 konnte sie nur aufgrund wahlrechtlicher Besonderheiten in den Bundestag einziehen, 2002 scheiterte sie – bis auf zwei direktgewählte Kandidatinnen – gar ganz an den Sperrhürden des deutschen Wahlrechts.

Zwei Gründe sind dafür verantwortlich, dass sich die PDS nicht zu einer erfolgreichen gesamtdeutschen Partei links der Sozialdemokratie entwickeln konnte. In den „neuen“ Bundesländern im Osten des Landes konnte die Partei zwar auf die in Teilen noch intakte Parteistruktur der SED zurückgreifen und hatte mit der ehemaligen DDR-Dienstklasse auch eine sichere Wählerbasis. Dies sicherte ihr bei Bundestagswahlen im Osten des Landes regelmäßig Wahlergebnisse um 20 % der Stimmen. Allerdings konnte sie über diese Klientel hinaus nur sehr zögerlich neue Wählergruppen erschließen. Insbesondere die Wählergruppen, die in anderen westeuropäischen Ländern zur Wahl von linken Parteien neigen, etwa Arbeiter und Arbeitslose, blieben der PDS anfangs verschlossen.³ Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital war im „Arbeiter- und Bauernstaat“ DDR keineswegs untergegangen, sondern hatte sich lediglich transformiert. An seine Stelle war schon in der Frühphase der DDR ein Konflikt zwischen Arbeit und staatlicher Planungsadministration getreten, die mit Produktionsvorgaben und

³ O. Nachtwey et T. Spier, « Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei », in T. Spier et al. (dir), *Die Linkspartei. Zeitgemäß Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, p. 26-27.

Arbeitsnormen dafür sorgte, dass die einfachen Arbeiter keineswegs begeistert von der realsozialistischen „Avantgarde der Arbeiterklasse“ waren. Auch nach der Wiedervereinigung konnte die zur PDS transformierte SED in dieser Wählergruppe kaum reüssieren – sie war bis in die 1990er Jahre hinein im Osten keineswegs eine Arbeiterpartei.

Der zweite Grund, warum die PDS sich nicht in eine erfolgreiche gesamtdeutsche linkssozialistische Formation wandeln konnte, lag in der Unfähigkeit begründet, sich nach Westdeutschland hin auszudehnen.⁴ Hier wurde sie gerade in der Anfangszeit vor allem als SED-Nachfolgepartei wahrgenommen, die sich für Jahrzehnte von Diktatur und Unterdrückung verantwortlich zeichnete. Zwar ist davon auszugehen, dass die dauerhafte politische Präsenz der PDS im Bundestag und den ostdeutschen Landtagen zu einem allmählichen Abbau der Bedenken und zu einer gewisse Gewöhnung an die Partei auch im Westen beigetragen hat, gleichzeitig wurde der PDS gerade durch ihre konsequente Vertretung ostdeutscher Interessen aber immer eine Ost-Identität zugeschrieben, die bei den westdeutschen Wählern, selbst überzeugten Linken, eine kulturelle Fremdheit aufkommen ließ. Zudem musste die Partei im Westen erst einmal Organisationsstrukturen und einen gewissen Mitgliederstand aufbauen. So verwundert es nicht, dass die PDS in den alten Bundesländern bei Bundestagswahlen bis 2002 nie über 1,2 % der Wählerstimmen gelangte. Als sie bei der Bundestagswahl 2002 dann nicht mehr in das Parlament einzog, sahen viele Beobachter ihr Ende als bundespolitische Kraft gekommen. Wenn überhaupt, dann traute man ihr allenfalls noch zu, als eine Art Regionalpartei im Osten des Landes zu überleben.

Während der zweiten rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Schröder ab dem Jahr 2002 wurde jedoch deutlich, dass durchaus ein Potential für eine politische Kraft links der Sozialdemokratie im Parteiensystem der Bundesrepublik bestand, auch wenn die PDS dieses nicht effektiv anzusprechen vermochte.⁵ Der wirtschaftsliberale Kurs des Bundeskanzlers, der sich vor allem an dem Reformpaket der „Agenda 2010“ festmachen ließ, sorgte für großen Unmut bei vielen Wählern und Mitgliedern der Sozialdemokraten. Selbst konservative Medien sahen die unter dem Titel „Agenda 2010“ firmierenden wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen als die „größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949“⁶ an. Die heftigste Kontroverse löste das daraus entwickelte so genannte Hartz IV-Gesetz aus. In diesem waren die Verschmelzung

⁴ M. Koß, « Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen », in T. Spier et al. (dir), *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, p. 120-127.

⁵ F. Walter et T. Spier, « Viel Lärm um nichts? Zu den Erfolgsaussichten einer neuen Linkspartei », *Gewerkschaftliche Monatshefte*, vol. 55, n° 6, 2004.

⁶ « Hartz IV – Die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949 », *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30 juin 2004.

von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II festgeschrieben, das vor allem die Bezieher der Arbeitslosenhilfe schlechter stellte.

Die Agenda 2010, von Schröder ohne vorherige Diskussion in dezisionistischem Stil verkündet, stellte die SPD vor eine innerparteiliche Zerreißprobe. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit war eine – wenn nicht gar die – zentrale Stütze für den Wahlsieg 1998 gewesen. Soziale Gerechtigkeit war zudem der Identitätskern der SPD. Die Sozialdemokratie verlor allein in den ersten Jahren der zweiten Regierung Schröder von 2002 bis 2004 110.000 Mitglieder.⁷ Im selben Zeitraum sanken ihre Werte in bundesweiten Wahlumfragen von rund 40 % auf 25 %, sie musste in zehn aufeinanderfolgenden Landtagswahlen teilweise erhebliche Verluste hinnehmen und verlor einige wichtige Landesregierungen.⁸ Gewerkschaften, Sozialverbände und linke Gruppen riefen zu massiven Protesten auf, die 2004 – ungewöhnlich für Deutschland – in Demonstrationen mit mehreren hunderttausend Teilnehmern gipfelten.

Vor diesem Hintergrund bildete sich die Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG), die sich im Frühjahr 2004 zunächst getrennt in zwei Organisationen in Nord- und Süddeutschland gründete. Als Bündnis ehemaliger SPD-Mitglieder, verschiedener Gewerkschaftsfunktionäre und linker Intellektueller hatte sie zwar prinzipiell die Möglichkeit, das von der SPD enttäuschte Wählerpotential anzusprechen. Insbesondere hatte sie im Westen der Bundesrepublik nicht mit den kulturellen Problemen zu kämpfen, auf die die PDS hier traf. Allerdings konnte man kaum damit rechnen, dass es der Neugründung auf Anhieb gelingen würde, die Fünf-Prozent-Hürde des deutschen Wahlrechts zu überwinden. Schon die Grünen hatten Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre mehr als fünf Jahre gebraucht, um eine Wählerklientel an sich zu binden, die mehr als fünf Prozent bei Wahlen einbringen konnte. Offenbar wurde dieses Problem schon beim ersten Wahlantritt der WASG bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005, bei der die Partei 2,2 % der Wählerstimmen erhielt. Dabei waren die Ausgangsbedingungen hier besonders günstig: Mit der höchsten Arbeitslosenquote in einem westdeutschen Flächenland und einem immer noch hohem Arbeiteranteil konnte die WASG auf ein relativ großes Wählerpotential zurückgreifen, hatte zu dieser Zeit eine hohe Aufmerksamkeit in der bundesweiten Medienberichterstattung und konnte sich hier auf ihren mitgliederstärksten Landesverband stützen.

⁷ E. Wiesendahl, *Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, p. 48.

⁸ U. v. Alemann et T. Spier, « Doppelter Einsatz, halber Sieg? Die SPD und die Bundestagswahl 2005 », in O. Niedermayer (dir), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

Für eine Bundestagswahl, in der sie auch in Bundesländern mit deutlich ungünstigeren Rahmenbedingungen antreten und zudem die Konkurrenz der PDS mit ihren ostdeutschen Hochburgen hätte fürchten müssen, war ein Scheitern an der Sperrklausel abzusehen. Überdies hätte die WASG für jede Landesliste 2000 und für jede Wahlkreiskandidatur 200 fristgerecht eingereichte Unterstützerunterschriften aufbringen müssen, eine Anforderung, von der im Bundestag oder einem Landtag vertretene Parteien ausgenommen sind. Erfolg versprach da-her nur ein gemeinsamer Antritt von WASG und PDS. Die PDS hatte selbst bei der für sie desaströsen Bundestagswahl 2002 4,0 % der abgegebenen gültigen Stimmen errungen. Sie musste keine Unterstützungsunterschriften einreichen, da sie in mehreren Landtagen in Fraktionsstärke vertreten war. Zudem verfügte sie über einen organisierten und in Wahlkämpfen erprobten Parteiapparat, von dem die Neugründung WASG, unterstützt nur durch einige Gewerkschaften, nur träumen konnte.

Nachdem die SPD in der Landtagswahl im bevölkerungsreichen Bundesland Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 ihre letzte größere Hochburg verloren hatte, beschloss Kanzler Schröder, bei vorgezogenen Bundestagswahlen alles auf eine Karte zu setzen und die Entscheidung über das Schicksal der rot-grünen Bundesregierung im Wahlkampf zu suchen. Kritiker sprachen angesichts der schlechten Umfragewerte der SPD von einem „Selbstmord aus Angst vor dem Tod“.⁹ Doch Schröder hatte gute Gründe. Nicht zuletzt wollte er einer Vereinigung von PDS und WASG mit einer vorgezogenen Bundestagswahl zuvorkommen und so verhindern, dass sich ein starker Gegner links von der Sozialdemokratie aufstellen und unzufriedene Wähler für sich gewinnen konnte. Doch der vermeintliche Überraschungscoup schlug fehl: Für lange Verhandlungen, die die inhaltlichen Differenzen zwischen PDS und WASG zu Tage befördert hätten, blieb nun keine Zeit mehr. Zudem hatte sich der ehemalige Finanzminister und SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine als Spitzenkandidat angeboten, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass es ein gemeinsamer Wahlantritt sei. Den Parteispitzen der beiden linken Parteien blieb nun kaum Entscheidungsspielraum. Schon am 10. Juni 2005 einigten sich die Führungen von WASG und PDS auf ein Wahlbündnis.

Das Ergebnis war für deutsche Verhältnisse spektakulär: Das als Linkspartei bezeichnete Wahlbündnis aus PDS und WASG konnte bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 8,7 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Dies war mit weitem Abstand das beste Ergebnis einer Partei links der Sozialdemokratie seit den Zeiten der Weimarer Republik. Mehr als eine Million der Wähler der Linkspartei hatten zuvor bei der letzten Bundestagswahl die SPD gewählt. Insofern kann man davon sprechen, dass die Zugewinne der

⁹ « Selbstmord aus Angst vor dem Tod », *Spiegel Online*, 23 mai 2005.

Linkspartei „Fleisch vom Fleische der Sozialdemokratie“¹⁰ waren. Besonders bedenklich für die SPD war, dass die Linkspartei insbesondere in zwei Wählergruppen besonders gut abschnitt, die zuvor traditionell die SPD gewählt hatten. In der Gruppe der Arbeiter kam sie auf 12 % der Stimmen, in der der Arbeitslosen sogar auf 25 %.¹¹ Die Zugewinne der Linkspartei in diesen Segmenten der Wählerschaft waren der Schlüssel zum Erfolg der Partei bei der Bundestagswahl 2005.

¹⁰ Nachtwey et Spier, *op. cit.*, p. 69.

¹¹ Forschungsgruppe Wahlen, *Bundestagswahl 2005 Wahlbericht*, Mannheim, 2005, p. 68.

Die Entwicklung bis zur Bundestagswahl 2009

Die Bundestagswahl 2005 war für die deutsche Sozialdemokratie erst der Anfang einer der schwersten Krisen ihrer beinahe hundertfünfzigjährigen Geschichte. Gerhard Schröder gelang es zwar mit einem aggressiven Wahlkampf die schlechten Umfragewerte auszugleichen und letztlich doch 34,2 % der Wählerstimmen für die SPD zu erringen. Aber sie blieb immer noch knapp hinter der ebenfalls schwach abschneidenden CDU/CSU, die mit ihrer im Wahlkampf recht blassen Spitzenkandidatin Angela Merkel gerade einmal 35,2 % erzielte, das schlechteste Wahlergebnis ihrer Partei seit 1949. So schloss sich dann unmittelbar an die Wahl das schwierige Problem an, eine belastbare Regierungsmehrheit zu finden. Die klassisch deutsche Form der Koalition von einer Volkspartei mit einer weiteren kleinen Partei ließ sich angesichts der neuen Zusammensetzung des Bundestages nicht mehr aufrecht erhalten. Möglich waren lediglich Koalitionen von einer Volkspartei mit zwei weiteren Kleinparteien oder eine „Große Koalition“ aus CDU/CSU und SPD – alles für Deutschland ungewöhnliche, weil lagerübergreifende Koalitionen.

Für beide Optionen war der polarisierende Lagerwahlkampf eine schwere Hypothek¹²: Eine „Ampelkoalition“¹³ aus SPD, FDP und Grünen scheiterte genauso am entschiedenen Widerstand der Liberalen, die dies bereits im Wahlkampf kategorisch ausgeschlossen hatten, wie eine „Jamaikakoalition“¹⁴ aus CDU, FDP und Grünen wegen Bedenken der Grünen nicht umzusetzen war. Eine „rote Ampel“ aus SPD, Linkspartei und Grünen hatte schon wegen der Präsenz des Dissidenten Lafontaine keine Chance auf Verwirklichung und war in der Kampagnenphase – im Übrigen von beiden Seiten – vehement ausgeschlossen worden. Auch die Option der Großen Koalition war durch den Wahlkampf prekär geworden. Beide Volksparteien hatten sich erbittert und auch mit persönlichen Attacken bekämpft. Zu den wesentlichen politischen Fragen, etwa der

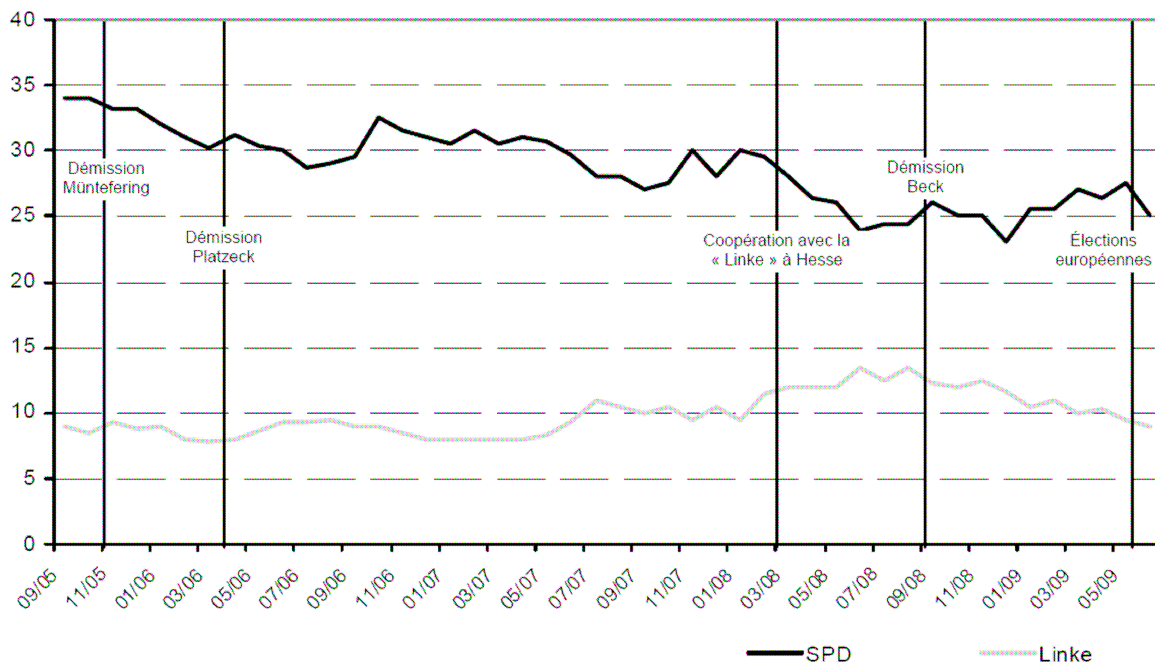
¹² Alemann et Spier, *op. cit.*, p. 58-59.

¹³ Benannt nach den traditionellen Parteifarben der SPD (rot), der FDP (gelb) und der Grünen, die zusammen das Farbmuster einer Ampel ergeben.

¹⁴ Benannt nach den Parteifarben der CDU/CSU (schwarz), der FDP (gelb) und der Grünen, die zusammen das Farbmuster der Nationalflagge Jamaikas ergeben.

Gesundheits- oder Steuerpolitik, hatten SPD und Union diametral entgegengesetzte Lösungskonzepte vorgetragen. Eine personelle und inhaltliche Einigung schien sich schwierig zu gestalten. Schröder selbst hatte zudem noch am Wahlabend seinen Anspruch auf die Kanzlerschaft bekräftigt. Erst als dieser seinen Führungsanspruch aufgab, wurde eine Große Koalition unter der CDU-Vorsitzenden Merkel möglich, die dann überraschend konstruktiv in zügigen Koalitionsverhandlungen besiegelt wurde.

Abb. 1: Umfragewerte für SPD und Linke seit der Bundestagswahl 2005



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Umfragen von Infratest dimap.

Doch die Große Koalition war für beide Parteien eine starke Belastung. Nicht zuletzt, da in derartigen übergroßen Koalitionen Zentrifugalkräfte wirken, die sowohl die Geschlossenheit der eigenen Fraktionen wie auch die Zustimmung in der Bevölkerung schwinden lassen. Schon bei der Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin verweigerten mindestens 52 der 448 Abgeordneten von CDU/CSU und SPD ihr die Stimme. Zudem hatte schon die erste Große Koalition in Deutschland unter dem Kanzler Kiesinger von 1966 bis 1969 gezeigt, dass diese Art der Koalition insbesondere die oppositionellen kleinen Parteien stärkt. Und in der Tat haben sich in den Umfragen sowohl die Unionsparteien wie auch die SPD kaum von ihren ohnehin schlechten Werten bei der Bundestagswahl 2005 erholen können. Demgegenüber konnten alle drei übrigen Bundestagsparteien, die FDP, die Grünen und die Linke, in den Umfragen teilweise kräftig zulegen und pendelten sich jeweils im Bereich von mindestens zehn Prozent ein.

Insbesondere die Linkspartei konnte von dem Erfolg bei der Bundestagswahl auch weiterhin profitieren. Ihre Popularität stieg nicht nur in den bundesweiten Umfragen, es gelang ihr auch, in einige westliche Landtage einzuziehen, die vorher für die PDS als vollkommen aussichtslos galten. 2007 zog sie zunächst mit 8,4 % in das Parlament des Stadtstaats Bremen ein. 2008 folgte dann der Einzug in die Länderparlamente von Niedersachsen (7,1 %), Hessen (5,4 %) und Hamburg (6,4 %). Selbst im als sehr konservativ geltenden Bayern verfehlte die Partei in diesem Jahr mit 4,4 % nur knapp die Fünf-Prozent-Hürde. Zudem konnte sie 2007 auch formell die Fusion der beiden Quellparteien PDS und WASG vollziehen und nannte sich im Folgenden „Die Linke“.

Die Sozialdemokratie hatte im gleichen Zeitraum unter schwerwiegenden innerparteilichen Problemen zu leiden. Ihr recht populärer Vorsitzender, Franz Müntefering, trat unmittelbar nach Bildung der Großen Koalition überraschend zurück, nachdem er im Parteivorstand seinen Kandidat für die Geschäftsführung der Partei nicht gegen eine prominente Gegenbewerberin vom linken Parteiflügel durchsetzen konnte. Die dünne Personaldecke der SPD wurde schon dadurch offenbar, dass der wenig bekannte Ministerpräsident von Brandenburg, Matthias Platzeck, zum neuen SPD-Vorsitzenden gewählt wurde. Als dieser nach nur sechs Monaten aus gesundheitlichen Gründen ebenfalls den Vorsitz abgab, trat der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, an seine Stelle. Auch dieser stellte sich nicht unbedingt als besonders geeignet heraus, konnte sich doch der als eher bieder und behäbig geltende Beck in Popularitätsumfragen nicht gegen seine Gegenspielerin Merkel durchsetzen. Der weitaus populärere Außenminister Frank-Walter Steinmeier machte ihm schnell die Rolle des Spitzenkandidaten bei der nächsten Bundestagswahl streitig.

Zudem wurde für die SPD die Frage, ob man mit der Linken zusammenarbeiten sollte, immer mehr zu einer höchst brisanten politischen Frage. In vielen Bundesländern, insbesondere im Osten des Landes, konnte die SPD angesichts relativ schwacher Ergebnisse im Vergleich zur CDU nur dann eine Landesregierung selber führen, wenn sie neben den Grünen auch auf die Unterstützung der Linken zurückgreifen würde. Dies hatte sie in den östlichen Bundesländern schon früh getan: 1994 wurde eine rot-grüne Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt von der damaligen PDS toleriert. Ab 1998 wurden dann auch formale Bündnisse mit der PDS, so genannte „rot-rote“ Koalitionen, in Mecklenburg-Vorpommern und später auch in Berlin gebildet. Nach dem Erfolg der Linken stellte sich diese Frage auch in verschiedenen westlichen Bundesländern, in deren Landtage sie nun auch einzog. Die Option einer Kooperation mit der Linken war und ist in der Bevölkerung und sogar in weiten Teilen der Anhängerschaft der SPD äußerst unpopulär – auf die Gründe hierfür wird noch im nächsten Abschnitt einzugehen sein. Vor allem war es jedoch eine Steilvorlage für die bürgerlichen

Parteien, die den Volksfront-Vorwurf nun mit einigem Recht bemühen konnten, was wiederum der SPD zu schaden drohte.

Beck ging äußerst unglücklich mit dieser heiklen Frage um. Zunächst vertrat er strikt den Standpunkt, dass man über die schon eingegangenen Koalitionen in Ostdeutschland hinaus nicht mit der Linken kooperieren würde. Angesichts der Landtagswahlerfolge der Partei auch im Westen wurde der Druck auf ihn jedoch größer, auch dort Formen der Zusammenarbeit zuzulassen. Besonders verheerend wirkte sich dies in Hessen aus. Dort hatte die SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti im Wahlkampf jede Form der Zusammenarbeit mit der Linken ausgeschlossen. Doch das Ergebnis der Landtagswahl ließ nur dann eine Wahl ihrer Person zur Ministerpräsidentin zu, wenn sie mit der Linken kooperierte. Die Ankündigung, dies versuchen zu wollen, wurde weit über die bürgerlichen Parteien hinaus als Wortbruch angesehen. Beck stützte ihr Vorhaben schließlich. Als dann einen Tag vor der Wahl zum Ministerpräsidenten vier hessische SPD-Abgeordnete verkündeten, dass sie mit den Linken gemeinsam Ypsilanti nicht als Ministerpräsidentin wählen würden, war das Debakel perfekt: Nicht nur, dass man das Vertrauen der Wähler missbraucht hatte und eine vorher ausgeschlossene Kooperation mit den Linken eingehen wollte, die SPD bewies darüber hinaus, dass sie nicht in der Lage war, ihre eigene Partei in diesem Punkt geschlossen zu halten.

Die mangelnde Popularität des Parteivorsitzenden Beck und sein kritikwürdiges Verhalten in der Frage der Zusammenarbeit mit der Linken kosteten ihn schließlich den Parteivorsitz. Die SPD fiel in bundesweiten Umfragen im Sommer 2008 unter die 25 %-Marke, zudem wurde die Autorität des Parteivorsitzenden zunehmend auch innerhalb der SPD offen hinterfragt. Als Beck schließlich Steinmeier den Vortritt in der Frage des Kanzlerkandidaten lassen wollte, bat er sich aus, zumindest selbst den neuen Spitzenkandidaten auszurufen. Als dann unmittelbar vor dieser Ausrufung am 7. September 2008 durch gezielte Information der Presse das Vorhaben bekannt wurde, fühlte sich Beck hintergangen und trat als Parteivorsitzender zurück. Nachfolger wurde erneut Franz Müntefering, der zusammen mit dem Spitzenkandidaten Steinmeier die Bundestagswahl bestreiten soll.

Auch wenn die Ereignisse um das Debakel in Hessen und die innerparteiliche Führungskrise den absoluten Tiefpunkt für die SPD in Umfragen bildeten, konnte sie auch nach der Stabilisierung der Lage durch das Duo Steinmeier/Müntefering nicht mehr an frühere Zeiten der Stärke anknüpfen. Das maßgeblich von den sozialdemokratischen Ministern in der Bundesregierung vorangetriebene Handeln im Kontext der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise verhalf der SPD zwar zwischenzeitlich zu Umfragewerten zwischen 26 und 28 %. Die Zustimmung der meisten Parteien zu staatsinterventionistischen Eingriffen in die Wirtschaft im Zuge der Krise gräbt auch der Linken das Wasser ab, die von Höhenflügen in Umfragen von bis zu 15 % inzwischen bei recht stabilen 10 % gelandet ist. Doch die SPD vermag es wenige Monate vor der Bundestagswahl nicht, aus dieser

im Prinzip deutlich günstigeren Situation Profit zu schlagen. Bei der Europawahl am 7. Juni 2009 erzielte sie mit 20,8 % ihr schlechtestes Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl seit dem Zweiten Weltkrieg. Und vor der Bundestagswahl hat die Sozialdemokratische Partei noch eine Reihe von schwierigen Landtagswahlen im Saarland, in Sachsen und in Thüringen zu überstehen, bei denen weitere Verluste drohen. Zudem stellt sich zumindest im Saarland und in Thüringen erneut die Frage einer Zusammenarbeit mit der Linken, die in beiden Ländern aller Voraussicht nach recht stark abschneiden wird. Im Saarland kandidiert gar der Linken-Vorsitzende Lafontaine selbst und will Ministerpräsident werden – dies war er dort schon in den Jahren 1985 bis 1998, allerdings noch als Kandidat seiner alten Partei SPD. Dies alles ist eine äußerst schwierige Ausgangssituation für die Sozialdemokratie vor der Bundestagswahl im Herbst 2009.

Das schwierige Verhältnis von SPD und Linken

Die Frage der Zusammenarbeit von SPD und Linken wird sich daher in der Zukunft noch häufiger stellen. Müntefering schließt derzeit jede Form der Zusammenarbeit mit der Partei auf Bundesebene prinzipiell aus.¹⁵ Doch in den Ländern will er eine Kooperation zulassen, unabhängig von der Frage, ob sie in west- oder ostdeutschen Bundesländern erfolgen soll. Damit nimmt er letztlich genau die Position des ehemaligen Parteivorsitzenden Beck ein, die zuvor noch heftig kritisiert wurde. In Anbetracht des Desasters der SPD in Hessen, die ihr Wort brach, nicht mit der Linken zusammenzuarbeiten, dürfte die Partei auch nach der Bundestagswahl 2009 bei diesem Versprechen bleiben. Alles andere wäre ein politischer Selbstmord. Doch bleibt der SPD mittelfristig und gerade auf der Ebene der Bundesländer überhaupt eine andere Wahl? In der aktuellen Situation ist die Sozialdemokratie den Unionsparteien strukturell deutlich unterlegen. Eigene rot-grüne Mehrheiten kann sie nur in Ausnahmefällen in einigen Ländern erreichen, etwa im Stadtstaat Bremen. Will sie selbst die Regierung übernehmen und nicht nur als Juniorpartner in einer Großen Koalition mitregieren, so bleibt ihr derzeit gar nichts anderes übrig, als die Zusammenarbeit mit der Linken zu suchen. Die Linke ist faktisch – und zum großen Unbehagen der SPD – zum Königsmacher sozialdemokratisch geführter Regierungen in Deutschland geworden. Dies ist gewissermaßen das machiavellistische Argument für eine Kooperation mit der Linken.

Ein weiteres Argument müsste aus Sicht der SPD ebenfalls für eine Zusammenarbeit sprechen. Bisher hat die alte PDS auf der Wählerebene nie von einer Koalition mit der SPD profitieren können. In Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hat sie in der auf die erste Zusammenarbeit folgenden Wahl jeweils Verluste hinnehmen müssen. Die Wähler der Linken honorieren Bündnisse mit der Sozialdemokratie vielleicht noch weniger, als die Wähler der SPD dies tun. Dieses Phänomen lässt sich übrigens überall in Westeuropa beobachten, wo Linksparteien in sozialdemokratisch geführte Regierungen eintraten. Überall, gleich ob etwa in Frankreich, Dänemark oder Schweden, wirkte sich eine Regierungsbeteiligung bei

¹⁵ « Auch Müntefering hat auf die Linke keine Antwort », *Welt Online*, 2 janvier 2009.

Folgewahlen negativ für die jeweilige Linkspartei aus.¹⁶ Linksparteien sind – nicht nur im Fall der deutschen Linken – in ihrer Mitgliederbasis und in ihrer Wählerschaft viel zu sehr auf fundamentalen Protest ausgerichtet, als dass sie eine Regierungsbeteiligung mit all ihren halbherzigen Kompromissen und Rücksichtnahmen goutieren würden. Innerparteiliche Verwerfungen bis hin zu Parteispaltungen sind in der Geschichte der Linksparteien in Westeuropa angesichts möglicher Regierungsbeteiligungen keine Seltenheit gewesen. Für die SPD bietet sich so die Möglichkeit, durch „Umarmung“ des Gegners die Partei „Die Linke“ wieder in den Griff zu bekommen und möglicherweise sogar Wähler, die einst die Sozialdemokratie unterstützt hatten, zurückzugewinnen.

Doch viele Argumente sprechen auch eindeutig gegen jedwede Kooperation mit der Linken. Die vielleicht gewichtigsten sind historischer Natur. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ist die deutsche Arbeiterbewegung gespalten. Die Kommunistische Partei Deutschlands, die aus der Spaltung hervorging, sah nicht selten die Sozialdemokratie als ihren größten Feind an. In der Weimarer Republik titulierte sie lange Jahre die SPD als „Sozialfaschisten“. Beide Seiten, KPD wie SPD, bekämpften sich erbittert. Nach dem Zweiten Weltkrieg schlossen sich in der sowjetischen besetzten Zone die KPD und die SPD 1946 unter dem Druck der Besatzungsmacht zur SED zusammen. Diese Zwangsvereinigung verbitterte viele SPD-Mitglieder, gerade auch im Westen Deutschlands. Gegner der Vereinigung von KPD und SPD wurden in Ostdeutschland nicht selten politisch verfolgt oder mussten nach Westdeutschland flüchten. Die diktatorische Herrschaft der SED in der DDR, das System der Überwachung und Bespitzelung in Ostdeutschland und die vielen Toten an der deutsch-deutschen Grenze belasten das Verhältnis zu einer Partei wie der Linken, die historisch wie formal-juristisch in der Tradition von KPD, SED und PDS steht, sehr.

So kann es kaum verwundern, dass auf der Ebene der Parteimitglieder und der politischen Eliten der SPD eine Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien sehr kritisch gesehen wird. Paradoxerweise ist es mittlerweile gar nicht mehr so sehr der Teil der Linken, der noch in die Tradition der SED und PDS zu sehen ist, der der SPD eine Zusammenarbeit schwer macht. Hierbei handelt es sich zumeist um ältere und letztlich recht bieder-kleinbürgerliche kleine und mittlere Funktionäre der alten DDR, die mittlerweile im Alltag der Bundesrepublik recht gut angekommen sind, pragmatisch orientiert sind und kaum revolutionäres Gedankengut vertreten. Die PDS war in den letzten Jahren ihrer Existenz im Osten eine Volkspartei, wie es im Westen die CDU oder die SPD ist. Eine

¹⁶ T. Spier et C. Wirries, « Ausnahmeerscheinung oder Normalität? Linksparteien in Westeuropa », in T. Spier et al. (dir), *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007, p. 114.

Kooperation auf kommunaler Ebene war in Ostdeutschland selbst zwischen CDU und PDS nicht völlig ausgeschlossen.

Problematischer ist für die SPD vielmehr der Teil der Linken, der im Westen neu hinzugekommen ist. Auch hier muss man weiter differenzieren: Einerseits handelt es sich um ehemalige Mitglieder der SPD, die oft nach erbitterten Streit ihre Partei verlassen haben und die WASG gründeten. Auf lokaler Ebene kennen sich – gerade in Westdeutschland – viele Mitglieder von SPD und Linken über lange Jahre gemeinsamer Parteiarbeit. Aber der Übertritt der enttäuschten Sozialdemokraten hat das Tuch zerrissen, eine erneute gemeinsame Arbeit erscheint kaum möglich. Überdies hat der Erfolg der Partei einige linke Splittergruppen dazu bewogen, sich im Westen der Linken bzw. ihrer Vorgängerorganisationen anzuschließen. Insbesondere trotzkistische Gruppen versuchten schon die WASG zu dominieren, wehrten sich teilweise erbittert gegen den Zusammenschluss mit der PDS und blieben auch nach der Fusion zur Linken ein Unruheherd in der Partei.

Ein wichtiges Argument sind natürlich auch die programmatischen Inkompatibilitäten zwischen SPD und Linken. Interessanterweise liegen beide Parteien bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen gar nicht mehr so weit auseinander, wie dies noch in den Jahren des Protests gegen die „Agenda 2010“ der Fall war. Beide Parteien stehen für einen gesetzlichen Mindestlohn, einen eher interventionistischen Umgang mit der derzeitigen Finanzkrise und einer unter Umständen stärkeren Besteuerung wirtschaftlich leistungsstarker Bevölkerungsgruppen. Viele Übereinstimmungen lassen sich sicherlich auch in den gesellschafts- und umweltpolitischen Positionen der beiden Parteien finden. Aber insbesondere in der Außenpolitik kann die SPD kaum die Standpunkte der Linken teilen – was vermutlich auch umgekehrt gilt. Die Linke steht für die Auflösung der NATO und den Verzicht auf jedweden Militäreinsatz im Ausland. In diesem Punkt ist eine Zusammenarbeit vermutlich nur denkbar, wenn die Linke auf ihre Forderungen verzichtet.

Nicht zuletzt spielen auch recht persönliche Animositäten eine Rolle, wenn es um eine eventuelle Kooperation der SPD mit der Linken geht. Mit Oskar Lafontaine würde derzeit niemand aus der SPD-Spitze zusammenarbeiten. Der politische Ziehsohn Willy Brandts, langjähriger Ministerpräsident des Saarlandes, SPD-Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl 1990, SPD-Partei-vorsitzender von 1995 bis 1999, Bundesfinanzminister in den ersten Jahren der Regierung Schröder, hat die Partei verlassen, die ihn groß gemacht hat. Und noch mehr: Er hat mit der Linken die Organisation aufgebaut, die von vielen in der SPD als Hauptursache für ihre Krise angesehen wird. Viele Mitglieder der SPD sind von ihm bitter enttäuscht. Viele Personen aus der Parteispitze der SPD würden mit Lafontaine nicht einmal mehr sprechen, geschweige denn zusammenarbeiten. Manche meiden selbst die Nennung seines Namens. Er ist der Luzifer der deutschen Sozialdemokratie, der

gefallene Engel, der sich selbst zum erbitterten Feind gewandelt hat. Fast mantrahaft wird von vielen führenden SPD-Mitgliedern wiederholt, dass eine Zusammenarbeit mit der Linken ohnehin nur dann möglich sei, wenn Lafontaine in dieser keine Rolle spielt. Andererseits kann die Linke aber kaum auf ihr elektorales Zugpferd verzichten. Lafontaines Bedeutung für die Wahlerfolge der Partei sind nicht zu unterschätzen. Er hat – das bescheinigen ihm selbst Feinde – ein großes rhetorisches Talent, das auch die populistische Ansprache der Bevölkerung mit einschließt. Ohne ihn, so behaupten viele, würde die Linkspartei schnell in der Bedeutungslosigkeit verschwinden.

So bleibt eine Kooperation von SPD und Linken auf der Bundesebene völlige Utopie. Sie ist im Augenblick wenig mehr als ein Horrorszenario der bürgerlichen Parteien, die hoffen, ihre eigenen Reihen durch ein kohärentes Feindbild geschlossen zu halten und möglichst Wähler aus den Reihen der SPD zu gewinnen. Das Gespenst der Volksfront droht zumindest kurzfristig nicht, auch wenn eine Kooperation von SPD und Linken auf Landesebene und mittel- oder langfristig auch auf Bundesebene nicht ausgeschlossen sind. Für eine Beteiligung an einer Bundesregierung müsste sich aber wohl insbesondere die Linke stark wandeln. Sie müsste auf die Realisierung vieler ihrer außenpolitischen Positionen verzichten und vermutlich auch auf ihren Spitzenkandidaten, Fraktionsvorsitzenden und Parteichef Lafontaine. Dazu scheint selbst die nicht immer mit Lafontaine zufriedene Parteibasis der Linken derzeit nicht bereit.

Fazit

Wenige Monate vor der Bundestagswahl war das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament sowohl für die SPD wie auch für die Linke ein herber Schlag. Die SPD erzielte mit 21,5 % ihr schlechtestes Ergebnis bei einer deutschlandweiten Wahl. Wenn man bedenkt, dass diese Wahl kaum durch europäische Themen, sondern vor allem durch die Bundespolitik geprägt war¹⁷, ist dies natürlich ein schlechtes Omen für den weiteren Verlauf der Wahlkampagne. Bei der Interpretation des Ergebnisses ist jedoch auch zu beachten, dass es sich bei den Europawahlen typischerweise um „second-order elections“ handelt, zweitrangige Wahlen, die nicht nur durch die Bundespolitik mitgeprägt werden, sondern vor allem eine Besonderheit aufweisen: Sie gehen mit einer niedrigen Wahlbeteiligung einher. Da insbesondere gut gebildete und ältere Menschen bei niedriger Wahlbeteiligung überrepräsentiert werden, beide Gruppen aber nicht zur typischen Wählerschaft der beiden hier interessierenden Parteien SPD und Linke gehören, kann es also kaum verwundern, dass sie bei den Europawahlen unterdurchschnittlich abschnitten.

Dennoch: Die Wahlniederlage der SPD hat Rückwirkungen auf die Wahrnehmung ihrer Lage im Vorfeld der Bundestagswahl. Und viele Interpreten in den Medien nehmen dies Ergebnis als weiteren Indikator für die Krise der Sozialdemokratie wahr. Der auf die Europawahl folgende SPD-Parteitag am 14. Juni 2009, der den Spitzenkandidaten Steinmeier offiziell einsetzte und das Wahlprogramm beschloss, war eigentlich als positiver Auftakt des Bundestagswahlkampfes gedacht, geriet jedoch unter dem Eindruck der Niederlage bei den Europawahlen zu einem eher ambivalenten Ereignis. Wenn man zusätzlich bedenkt, dass wie geschildert noch einige für die SPD schwere Landtagswahlen bevorstehen, die auf Landesebene die Frage der Koalition mit der Linken wieder aufwerfen, so scheinen schwierige Zeiten für die deutsche Sozialdemokratie bevorzustehen.

Die Linke konnte mit einem Ergebnis 7,5 % zwar Zugewinne im Vergleich zur letzten Europawahl verbuchen. Doch blieb sie weit hinter den rund 10 % zurück, die sie bundesweit in Umfragen hatte. Dies lässt sich zwar ebenfalls über die geringe Wahlbeteiligung

¹⁷ Forschungsgruppe Wahlen, *Europawahl in Deutschland 2009*, Mannheim, 2009, p. 1.

erklären, dämpft aber ebenfalls die politische Stimmung für die Linke. Im Gegensatz zur SPD könnten die noch ausstehenden Landtagswahlen ihr jedoch gehörigen Rückenwind verschaffen. Sachsen und Thüringen gehören als ostdeutsche Bundesländer zu den traditionellen Hochburgen der Linken bzw. ihrer Vorgängerpartei PDS. Und im westdeutschen Saarland, in dem bisher Parteien links der Sozialdemokratie nur marginale Ergebnisse erzielen konnten, ist sogar ein sensationelles Ergebnis möglich, mit deutlich zweistelligen Stimmanteilen.

Von der aktuellen Wirtschaftskrise konnte die Linke zur Überraschung der meisten Beobachter bislang kaum profitieren. Das liegt sicherlich auch daran, dass im Angesicht der Krise die Volksparteien CDU/CSU und SPD sich ein deutlich sozialeres Image gegeben haben und mit Maßnahmen der Exekutive zur Begrenzung der Folgen der Wirtschaftskrise auch Handlungsstärke beweisen können. Schlägt sich jedoch noch vor der Bundestagswahl die Finanzkrise auf die reale Wirtschaft in Deutschland nieder, etwa in steigenden Zahlen von Arbeitslosen, so kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Linke doch von dieser betrüblichen Entwicklung profitiert. Wer seinen Arbeitsplatz verliert, wird wohl kaum das Handeln der Großen Koalition als ausreichend betrachten. Es bleibt also spannend im Endspurt vor der Bundestagswahl 2009, deren Ergebnis weitgehend offen ist, auch wenn es der SPD schwer fallen dürfte, an frühere Wahlergebnisse heranzukommen.

Cerfa

Das Comité d'études des relations franco-allemandes (Forschungskomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland dem DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch den Quai d'Orsay und das Auswärtigen Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren ; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren ; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmässige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Louis-Marie Clouet arbeitet dort als Forscher. Anne-Lise Barrière ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt « Deutsch-französischer Zukunftsdialog » zuständig.